



Politik

EU-Kredit an Ukraine zieht uns immer tiefer in den Krieg hinein

23. Dezember 2025

6 Minuten Lesezeit

von [Dr. Peter F. Mayer](#)

Die Ukraine braucht die 90 Milliarden Euro nur zurückzahlen, wenn Russland Reparationen zahlt. Damit haben die geldgebenden 24 EU-Staaten ein finanzielles Interesse an einem Sieg der Ukraine. Und das haben vor allem die Banker, so Viktor Orbán.

Nachdem der ursprünglich geplante Raub von 210 Milliarden Euro von russischem Eigentums in europäischen Depot-Banken und Institutionen wie Euroclear am Widerstand Belgiens und einiger anderer Länder gescheitert

war, setzten Leyen und Merz die 90 Milliarden zinsfreien Kredit durch. Ungarn, die Slowakei und Tschechien haben erfolgreich das Recht erkämpft, sich nicht an der Finanzierung dieses Kredits zu beteiligen, was bedeutet, dass die Summe von 90 Milliarden proportional zum BIP der verbleibenden 24 Mitgliedstaaten aufgeteilt wird.

Während der EUCO-Rat der Gewährung dieses Kredits zugestimmt hat, ist der rechtliche Mechanismus für die tatsächliche Gewährung dieses Kredits an Kiew noch nicht bekannt und wird noch einige Wochen in Anspruch nehmen, bis er geschaffen ist.

Der ursprüngliche Plan für die eingefrorenen russischen Vermögenswerte (mehr als 200 Milliarden Dollar) sah vor, dass 95 Milliarden Dollar zur Tilgung der bestehenden Schulden der Ukraine gegenüber dem IWF, der EZB und der G7 verwendet werden sollten, während der Rest zur Finanzierung neuer Waffenkäufe und anderer kriegsbezogener Ausgaben verwendet werden sollte.

Mit anderen Worten: Der vereinbarte Betrag reicht gerade aus, um das Land noch ein wenig länger über Wasser zu halten und eine Insolvenz zu verhindern, aber er bietet nicht die Möglichkeit, weiter zu gehen oder neue militärische Fähigkeiten in nennenswertem Umfang zu erwerben.

Aber hier kommt der wichtigste und erstaunlichste Clou: Das Darlehen ist vollständig davon abhängig, dass die Ukraine zuerst Reparationen von Russland erhält, d. h. nur wenn und sobald die Ukraine russische Reparationen erhält, ist sie zur Rückzahlung des Darlehens verpflichtet. Dies wurde von mehreren hochrangigen EUCO-Vertretern erklärt.

Nach Reparationen durch Russland sieht es derzeit so gar nicht aus. Reparationen zahlen normalerweise die Verlierer. Also haben die EU24 ein Interesse daran, dass Russland den Krieg verliert. Das gilt dann auch für die neutralen Staaten wie Österreich oder Irland.

Den ganzen Irrsinn von Leyen und Merz und den anderen Kriegsirren hat wieder einmal [Viktor Orbán dargelegt \(https://x.com/PM_ViktorOrban/status/2002266353185472809\)](https://x.com/PM_ViktorOrban/status/2002266353185472809):

Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union haben 24 Mitgliedstaaten gemeinsam einem Land außerhalb der Union einen Kriegskredit gewährt. Dies ist keine bloße Formalität, sondern ein qualitativer Wandel. Die Logik eines Kredits ist klar: Wer Geld verleiht, will es zurück. In diesem Fall ist die Rückzahlung nicht an Wirtschaftswachstum oder Stabilisierung, sondern an einen militärischen Sieg geknüpft.

Damit dieses Geld jemals zurückerhalten werden kann, müsste Russland besiegt werden. Das ist nicht die Logik des Friedens, sondern die des Krieges. Ein Kriegskredit weckt bei seinen Geldgebern zwangsläufig das Interesse an der Fortsetzung und Eskalation des Konflikts, denn eine Niederlage würde auch einen finanziellen Verlust bedeuten. Von diesem Moment an geht es nicht mehr nur um politische oder moralische Entscheidungen, sondern um harte finanzielle Zwänge, die Europa in eine Richtung drängen: in den Krieg.

Die Brüsseler Kriegslogik verschärft sich daher. Sie lässt nicht nach, sie schwächt sich nicht ab, sondern institutionalisiert sich. Das Risiko ist heute größer denn je, da die Fortsetzung des Krieges nun mit einem finanziellen Interesse verknüpft ist.

Ungarn begibt sich bewusst nicht auf diesen gefährlichen Weg. Wir beteiligen uns nicht an Initiativen, die das Interesse der Beteiligten an einer Verlängerung des Krieges wecken. Wir suchen keinen schnellen Weg in den Krieg, sondern einen Ausweg hin zum Frieden. Das ist kein Isolationismus, sondern strategische Besonnenheit. Das liegt im Interesse Ungarns und langfristig auch im Interesse

Die Rolle der Banker und des militärisch industriellen Komplexes

In Reden erklärt Orbán auch, wer die Eurokraten und die EU-Kommission steuert:

Auf X ansehen

„Europäische Banker wollen Krieg – um die Verluste aus dem fehlgeschlagenen Krieg gegen Russland zurückzuholen“

Ungarn hat eine der brisantesten Anschuldigungen gegen die Führung der EU erhoben und damit die von Ursula von der Leyen und dem Brüsseler Establishment propagierte Kriegserzählung direkt in Frage gestellt.

Nach Angaben hochrangiger ungarischer Beamter ist der eigentliche Motor für Europas Eskalationsdrang nicht die Sicherheit, nicht die Demokratie und nicht die Ukraine – sondern das Finanzwesen.

Die Behauptung ist eindeutig: Europäische Banken und Finanzinstitutionen drängen auf einen Krieg, weil die Strategie zur wirtschaftlichen Niederlage

Russlands gescheitert ist und die Verluste enorm sind. Krieg, so argumentieren sie, werde nun als Mittel eingesetzt, um bereits entstandene Kosten wieder hereinzuholen, Schulden umzustrukturieren und weitere Finanztransfers unter dem Deckmantel der „Sicherheit“ zu rechtfertigen.

Aus Budapests Sicht erklärt dies, warum Brüssel zunehmend die Sprache der Unvermeidlichkeit spricht – mehr Waffen, mehr Geld, mehr Konfrontation – und gleichzeitig Forderungen nach Verhandlungen als „gefährlich“ oder „prorussisch“ abtut.

„Es geht hier nicht mehr um die Verteidigung Europas“, argumentieren ungarische Stimmen.

„Es geht darum, die Bilanzen zu verteidigen.“

Ungarn verweist auf die wachsende Kluft zwischen denjenigen, die zahlen, und denjenigen, die Entscheidungen treffen. Europäische Gesellschaften stehen vor Inflation, Energiekrise, Deindustrialisierung und Haushaltsengpässen. Gleichzeitig fordern Finanzinstitutionen und Gläubiger, die in die Kriegsfinanzierung verstrickt sind, Kontinuität – denn Frieden würde die Anerkennung der Verluste erzwingen.

In dieser Lesart wird der Krieg zu einem Finanzinstrument: einem Mittel, um Schulden zu verlängern, Notfallmechanismen auszuweiten und außerordentliche Ausgaben politisch akzeptabel zu halten.

Budapests Warnung ist unmissverständlich. Wenn finanzielle Interessen beginnen, geopolitische Entwicklungen zu diktieren, tritt die Demokratie in den Hintergrund, und die Diplomatie wird zum Hindernis. Frieden ist nicht länger das Ziel – Liquidität zählt.

Ungarns Position bringt das Land in einen Konfrontationskurs mit Brüssel. Während die Kommission die Eskalation als moralische Pflicht darstellt, betrachtet Budapest sie als systemische Verantwortungslosigkeit, die

Europa in einen Konflikt hineinziehen könnte, für den seine Bürger weder gestimmt haben noch den sie sich leisten können.

Unabhängig davon, ob man mit Ungarn übereinstimmt oder nicht, rührt der Vorwurf an den Kern des europäischen Projekts: Wem dient die EU eigentlich – ihrem Volk oder ihren Gläubigern?

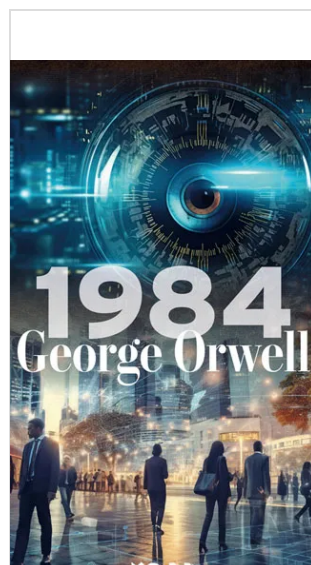
Und wenn Banker einen Krieg fordern, um gescheiterte Strategien zu korrigieren, wer wird dann den endgültigen Preis dafür zahlen?

Wir sehen aber auch, dass sich die Widersprüche in der EU immer mehr vertiefen. Leyen und Co arbeiten getreu der Aufträge für Krieg und einen demokratiebefreiten europäischen Superstaat. Doch die Zahl verantwortungsbewusster Politiker nimmt zu, die für das Wohl der Menschen eintreten.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um [Unterstützung](#).

Folge TKP auf [Telegram](#) oder [GETTR](#) und [abonniere unseren Newsletter](#).

WERBUNG



EU-24 geben 90 Milliarden Euro Kriegskredit an Ukraine aus Steuergeldern (<https://tkp.at/2025/12/19/eu-24-geben-90-milliarden-euro-kriegskredit-an-ukraine-aus-steuergeldern/>)

Von Trump verlangte Übernahme des Ukraine-Krieges durch EU nun vollzogen (<https://tkp.at/2025/12/20/von-trump-verlangte-uebernahme-des-ukraine-krieges-durch-eu-nun-vollzogen/>)

Neue Ukraine-Kredite: Österreichs Kriegsbeteiligung (<https://tkp.at/2025/12/19/neue-ukraine-kredite-oesterreichs-kriegsbeteiligung/>)

Slowakei Premier Robert Fico spricht Klartext über die EU in Brüssel: „Das hat nichts mit Demokratie zu tun“ (<https://tkp.at/2025/12/19/slowakei-premier-robert-fico-spricht-klartext-ueber-die-eu-in-bruessel-das-hat-nichts-mit-demokratie-zu-tun/>)